

## **Frankfurter Erklärung der Arbeitnehmer-Vizepräsidentinnen und -präsidenten der Handwerkskammern (24.-25. April 2026) Papier für die Debatte im HANDWERK**

### **Sozialstaat – Ja zu Reformen, aber gerecht – Leitlinien der Arbeitnehmervertretungen im Handwerk**

Auf ihrer 100. Tagung haben die Arbeitnehmer-Vizepräsidentinnen und -präsidenten der Handwerkskammern intensiv diskutiert, wie gesund das Handwerk ist, wie die Zukunft des Handwerks gesichert werden kann und wie Sozialpartner den demografischen Wandel, die Digitalisierung und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft gemeinsam gestalten können. Derzeit wird intensiv die Debatte geführt, welche Reformen notwendig sind, um unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Dafür braucht es Verlässlichkeit und Vertrauen: Beschäftigte wie Betriebe müssen sich darauf verlassen können, dass der Sozialstaat auch künftig trägt und ein belastbares Zukunftsversprechen gibt. Die Arbeitnehmer-Vizepräsidentinnen und -präsidenten beteiligen sich an der Debatte als Stimme der mehr als fünf Millionen Beschäftigten im Handwerk.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen entscheidend dazu bei, dass das Handwerk Umsätze in Höhe von 770 Milliarden Euro erzielt. Um das Handwerk in die Zukunft zu bringen, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen wie die sozialen Sicherungssysteme, die diese Leistung anerkennen. Die Sozialversicherung – Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung – basiert auf Beiträgen der Versicherten und Betriebe. Wer einzahlt, hat auch Anspruch auf Leistungen. Damit dieses Versprechen dauerhaft trägt, müssen Solidarität und Eigenverantwortung zusammengedacht werden – Geben und Nehmen müssen im Gleichgewicht bleiben.

Notwendige Reformen dürfen jedoch nicht zu Lasten derjenigen gehen, die tagtäglich mit ihrer Arbeit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Handwerk sichern. Reformen müssen sozial ausgewogen gestaltet werden und damit den solidarischen Charakter der Sozialversicherung stärken – und zugleich die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler vor Überforderung schützen. Dazu gehört auch, Gerechtigkeitslücken zu schließen und Fehlanreize abzubauen, damit die Systeme sozialverträglich bleiben und Belastungen wirksam reduziert werden. Aktuelle Vorschläge, die Leistungen der Kranken-, Pflege- oder Rentenversicherung zu kürzen, gehen aus unserer Sicht an der Realität vorbei. Aus Arbeitnehmerperspektive geht die Debatte, wie sie gerade geführt wird, mit der Kritik an vermeintlich nicht notwendigen Krankmeldungen, Begriffen wie „Lifestyle-Teilzeit“, „Basisversorgung“, oder auch „Frühverrentungsanreize“ völlig am Thema vorbei.

Daher lehnen wir diskutierte Vorschläge zur Kürzung von Leistungen aus der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung ab. Einschränkungen bei Lohnfortzahlung, Krankengeld und Karenztagen tragen nicht dazu bei, altersgerechtes Arbeiten zu ermöglichen. Ebenso wenig wie die Abschaffung des 8-Stunden-Tages, die uns gerade als „Flexibilisierung von Arbeitszeit“ verkauft wird, führt nicht dazu, die Attraktivität von Berufen zu steigern, für die bereits jetzt Fachkräfte händeringend gesucht werden.

Die geplante Deregulierung des Arbeitszeitgesetzes führt zu einer Mehrbelastung und damit zu einer Steigerung der Erkrankungen und somit zu einer weiteren Erhöhung der Kosten für das Gesundheitssystem. Eine flächendeckende qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung bedeutet insbesondere, dass es einen schnellen Zugang zu fachärztlicher Versorgung gibt, um Genesungsprozesse zu beschleunigen und Beschäftigte den Betrieben früher wieder zur Verfügung stehen. In den Fokus müssen auch Prävention und betriebliches Gesundheitsmanagement rücken, hier gehört Eigenverantwortung dazu, indem Betriebe und Beschäftigte notwendigen Gesundheitsschutz und sichere Arbeitsbedingungen gemeinsam stärken. Gesunderhaltung in allen Politikbereichen mitzudenken (Health in All Policies) und die solidarischen Sozialversicherungssysteme zu festigen. Die Forderungen Risiken stärker privat abzusichern, gehen an der Realität vorbei. Viele Beschäftigte im Handwerk können sich das schlicht nicht leisten! Ein durchschnittliches Einkommen in einigen Gewerken von 2.470 € brutto <sup>[1]</sup>reicht oft kaum für den Lebensunterhalt, für zusätzliche Vorsorge bleibt da nichts übrig.

Wo Instrumente auf den Prüfstand gestellt werden, braucht es daher klare soziale Leitplanken, damit niedrige und mittlere Einkommen nicht zusätzlich belastet werden. Zusätzliche finanzielle Belastungen – etwa durch eingeschränkte Mitversicherung von Familienangehörigen oder steigende Eigenbeiträge – würden die soziale Lage vieler Haushalte verschlechtern. Eine nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung erfordert eine faire Verteilung der Lasten. Versicherungsfremde Leistungen müssen vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.

Um die Zukunft des Handwerks zu sichern, bedarf es sozialverträglicher Reformen, die die Attraktivität des Handwerks stärken und dazu beitragen, Fachkräfte für das Handwerk zu gewinnen und langfristig zu binden. Das gilt sowohl für die Sozialversicherung wie auch bei der Rahmensetzung für Arbeitsbedingungen. Ziel muss es sein, den Alltag der Beschäftigten konkret zu verbessern und das Handwerk als Ausbildungs- und Arbeitsort zu stärken.

**Wir Arbeitnehmer-Vizepräsidentinnen und -präsidenten fordern alle im Handwerk auf, unmittelbar gemeinsam mit uns Vorschläge zu entwickeln.**

**Gez. Joachim Noll    Gez. Alexander Hengst    Gez. Kathrin Zellner    Gez. Jens Roost**

---

<sup>[1]</sup> Quelle Statistisches Bundesamt:

[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26\\_103\\_62.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_103_62.html)